

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verlags-Comptoir: 22 242.
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei halbjährlicher Zahlung monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M., durch Post bei halbjährlicher Zahlung monatlich 6 M., vierteljährlich 18 M.
Die Ispolite 37 am besten 2 M. und Familienanzeigen, Einzeln unter 5000 u. 1000000, tägliche 5 M. und 10 M. 25%. Abzugsgeld laut Tarif. 10-15% Abzugsgeld gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.
Verlags-Comptoir: 22 242.
Telefon-Nr. 20011.

Wachdruck nur mit 1. Auflage. Zusatzenahme („Dresdner Nachrichten“) möglich. - Unverlangte Beiträge werden nicht aufbewahrt.

Pianos • Harmoniums • Flügel
Fabrikate von Weltruf!

Stolzenberg Johann-Georgen-Allee 13.

Siphacol
Kariesmittel
Kariesmittel Zahnpasta
wirkt zuverlässig desinfizierend, reizlos, heilend, erzeugt gesunde, weiße Zähne.

Kaffee Kasino
Seestraße 7
Stimmungs-Konzerte im Trianon ab 8 Uhr der beliebte Zithertranzel

Der Zusammentritt des neuen Landtags.

Nach dem Aufsatze der Landtagsverhandlungen am Dienstag kann man der nach Pönggen und Drängen gebliebenen Regierung kein sonderlich günstiges Horoskop stellen. Kaum hatte der Präsident Krähmer seiner Verlobung darüber Ausdruck verliehen, daß zum ersten Male eine so große Stimmenzahl (92 von 105) sich bei der Präsidentenwahl auf eine Person vereinigt habe, kaum hatte Hellisch, der jetzt bei den Sozialdemokraten das große Wort führt, seinen Antrag, das Bureau nach der Stärke der Fraktionen zu besetzen, eingebracht, als sich auf der äußersten Linken der Kommunisten Stieritz erhob und die Mitteilung machte, daß sich die unabhängigen Sozialisten mit den rechten Wostauern vereinigt hätten, die kommunistische Fraktion infolgedessen 9 Mitglieder zähle und einen Schriftführerposten für sich beanspruche. Das war im Programm nicht vorgesehen. Krähmer lehnte ab, aber die Radikalen ließen nicht locker. Weimer von den Kommunisten forderte sehr eindringlich Einfluß auf die Geschäftsführung und verlangte für seine Partei den zweiten Schriftführerposten. Schon ist eine kleine Krise da. Man wählt die beiden Vizepräsidenten Wagner (D. V.) und Winger (D. Sp.) mit 77 bez. 79 Stimmen. Dann erhebt sich wiederum Hellisch und beantragt die Sitzung auf eine Viertelstunde zu vertagen. Man muß sich mit den neuen Wostauern von der äußersten Linken erklären. Sehr nötig ist das. 95 Abgeordnete sind da, der Abg. Sindermann, der in letzter Zeit krank gewesen ist, hat sich auch eingefunden, da es ja, wenn der Wagen nicht schon bei Beginn der Arbeit liegen soll, auf jede Stimme ankommt. Der Kommunist Weyer fehlt, bei dem Krähmer die Linke hat also nur eine Mehrheit von einer einzigen Stimme. Unter diesen Umständen kann man es Herrn Hellisch, der die roten Scharen summandiert, nachschauen, wenn er jede Krise vermeiden möchte und sich auf gute Furchen verlegt. Es sieht aber nicht so aus. Die Kommunisten betreiben auf ihrem Schiffe, und Hellisch gibt kein Ziel. Er schlägt als Schriftführer den unabhängigen Wader und den Kommunisten Wraga vor. Die beiden werden dann auch gewählt. Der ganze Vorfall ist an sich unbedeutend. Es kommt beralich wenig auf die Besetzung der Schriftführerposten an. Als politisches Symptom ist er aber recht bedeutungsvoll. Die Sozialdemokratie beginnt ihre Regierungstätigkeit mit einer alten Kapitulation vor den Kommunisten! Wird es so weitergehen? Wird man sich so von Krise zu Krise schleppen, um

schließlich zu der Erkenntnis zu gelangen, die Dr. Gradnauer schon im Dezember 1918 gewonnen hatte, daß mit den Unabhängigen ein Auskommen nicht möglich ist? Manches spricht dafür.

Das ist ja das Eigentümliche an der Regierung, die nun zutage gekommen ist: keiner traut dem andern einen Schritt, jeder möchte, daß sich die Genossen von der andern Richtung möglichst in die Welt verlieren. Von den Unabhängigen kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß sie nur auf die Gelegenheit warten, um ihren Genossen von rechts ein Bein zu stellen. Das wäre ja das beste Mittel, um den zu den Kommunisten abgewanderten Wostauern zu beweisen, daß die alte unabhängige Partei es an Habituismus nicht fehlen läßt. Und die Kommunisten? Sie bilden der jetzigen Regierung gegenüber das Ängstlein an der Spitze und haben schon gesagt, daß sie diese vortreffliche Stellung auszunutzen verstehen. Es wird wohl nicht lange dauern, bis der Versuch gemacht wird, die Regierung etwa ins Schlepptau der Wostauer Politik zu nehmen. Die Kommunisten können sich das leisten. Töne sie in die 1918 Regierung nicht handlungsfähig, ohne sie in ein Vertrauensvotum nicht denkbar. Denn daß eine bürgerliche Partei dem Regierungsprogramm, das Herr Wad notgedrungen sehr dunkelrot wird ablesen müssen, zustimmt, darf wohl als ausgeschlossen gelten. Die Herren werden unter sich bleiben. Als der Präsident Krähmer sagte, es sei sein bester Wunsch, daß die Kammer auch bei wichtigeren Entscheidungen, als es die Präsidentenwahl sei, so einbehalten sein möge, durchbraute spontane Heiterkeit den Saal. In dieser Kammer einer Regierung gegenüber, wie sie demnach sich vorstellen wird, Einigkeit zu verlangen, das scheint offenbar vielen ein komischer Gedanke zu sein.

(Der Bericht über die Sitzung befindet sich auf Seite 2.)

Zur Neubildung der Regierung ist noch mitzuteilen, daß die Sozialdemokraten, nachdem sie auf dringendes Verlangen der Unabhängigen in der Frage der Vertretung des Ministeriums des Innern nachgegeben hatten, nunmehr jedoch von den Unabhängigen Verzicht auf das Ministerium in ihrer Reihen, das ihnen ursprünglich angeboten worden war, forderten unter Hinweis darauf, daß den Sozialdemokraten nunmehr ein wichtigeres Ministerium verbleiben müsse. Sie boten dafür der U. S. P. zur Auswahl das Kultus- oder das Justizministerium. Die Unabhängigen wählten darauf das Kultusministerium.

Das profitable Geschäft des Herrn Kahn.

Herr Kahn, der 29-jährige, sehr kapitalkräftige Geschäftsmann, ist über Nacht zu einer Berühmtheit geworden, wenn man es beröhmt nennen kann, daß jemand in aller Munde ist. Bei den mühseligen Millionenarbeiten, die der genannte Herr einzeln hat, und zunächst auch noch weiter einheimisch, spielt der Reichsflüss die Rolle des leidtragenden Teils, und die gesamte Öffentlichkeit ist daher sehr lebhaft an den Vorgängen interessiert, die in der Reichsflüss am Montag der Verbrennung entzünden und an demselben Tagessicht gezogen worden sind. Ihre Ursache hat die für das neue Deutschland ungemein beachtliche Angelegenheit in den unordentlichen Zuständen, die mit der Novemberrevolution des Jahres 1918 überall eintrifft und das ehemals beherrschende deutsche Staatswesen im Handumdrehen zu einem Trümmerhaufen aller möglichen fremdwärtigen Erscheinungen machten. Der allgemaine Wirrwarr führte auch in den Spandauer kaiserlichen Rüstungsfabriken zu unbilligen Verhältnissen, die an letzter Stelle die Ueberzeugung begründeten, daß Abhilfe nur möglich sei, wenn man in der Führung der Geschäfte alle bürokratische Schwere abwarf und die Betriebe nach privatrechtlichen, kaufmännischen Grundsätzen reorganisierte. Die Folge dieser Erkenntnis war die Umwandlung der Spandauer Werksstätten in eine Aktiengesellschaft, die den Namen „Deutsche Werke“ erhielt. Diese Gesellschaft wird ganz wie ein Privatunternehmen von einer sachmännlichen Direktion geleitet, und im Aufsichtsrat sitzen neben hervorragenden industriellen Sachverständigen Staatsbeamte und Parlamentarier, um die Interessen des Reiches wahrzunehmen. Die Aktien der Gesellschaft gehören dem Reich, das die Verwaltung durch das Reichsflüssministerium ausübt. Man sagt, daß diese neue Regelung in die kerrücktesten Betriebe im allgemeinen Ordnung gebracht habe, und es wäre zu wünschen gewesen, daß es dabei kein Bewenden gehabt und die Öffentlichkeit nie Anlaß bekommen hätte, sich eingehender mit der Geschäftsführung der Gesellschaft zu befassen, wie es jetzt leider der Fall ist.

Das eigenartige Geschäft, das dem Herrn Kahn so phänomenale Verdienstmöglichkeiten eröffnet und dem Reich so viele Millionen raubt, besteht darin, daß die Werke der Deutschen Werke nicht mehr brauchbaren Maschinen. Um diese abzustufen, liehen sich die Werke mit dem genannten Unternehmer ein, der für jede Maschine das Doppelte des Preises für Altteilen bot und dafür auch den Zuschlag erhielt, jedoch mit der weiteren Auflage, daß er die Hälfte des beim Weiterverkauf erzielten Verdienstes an die Gesellschaft abzuführen habe. Wenn Kahn wird nun der Vermehrung des weiterverarbeitenden Firmen, denen er die Maschinen verkaufte, einen niedrigeren Preis berechnete, dafür aber eine Beteiligung am Geschäftsgewinn ausbedungen habe. Auf diese Weise hat der Mann sich selbst aus einer ungeliebten Quelle mit reichlichen Millionen versorgt, während der Saft des Reichsflüss entsprechend weniger anfällt wird. Um welche Summen es sich dabei handelt, geht aus der Statistik des Reichsflüssministers v. Raumer hervor, daß sich beim Verkauf von nur 10.000 Tonnen Verleimungsmaschinen bereits ein Gewinn für Kahn von 31 Millionen Mark erzielte!

Eine derartige Schändung des Reichsflüss wäre selbst dann unerträglich, wenn bei diesem Geschäft sonst alles ganz reinlich und zweifellos ausgefallen wäre und die Kritik keinen Anlaß hätte, an vertriebenen Punkten berechtigter Anstoß zu nehmen. An dem vorliegenden Falle aber handelt es sich durchaus nicht um ein altes Geschäft, bei dem bloß der dem Reich entzogene Gewinn Grund zur Beschwerde geben könnte. Es kommen vielmehr allerlei Nebenumstände und Verfehlungen in Betracht, die zu recht ernsten und peinlichen Fragen herausfordern. Vor allen Dingen muß Auskunft darüber verlangt werden, warum denn die Deutschen Werke überhaupt mit dem Herrn Kahn in Verbindung getreten sind, anstatt den Verkauf der Maschinen in eigene Hände zu nehmen. Die Organisierung des Zwischenhändlers ist um so auffälliger, als die verarbeitende Industrie ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen hatte, daß der Zwischenhandel ausgeschaltet werden und die Abgabe direkt an die Konsumenten erfolgen solle. Es laßen sogar bereits zahlreiche Angebote vor, die bedeutend höhere Preise boten als Herr Kahn, der mit seinem generösen Ansehens, das Doppelte des Mittelpreises zu zahlen, offenbar die Herren der Direktion im Sturm gewann. Und dann noch einige andere Punkte, in denen den Beteiligten klar auf den Zahn geklafft werden muß. Warum hat die Direktion der Deutschen Werke ihre Rüstung einergestellt, unmittelbar nachdem das laut ministerieller Erklärung für sie verbindende Gutachten über den Verkauf eingegangen war? Es ist gewiß noch sehr milde ausgedrückt, wenn der Minister dazu bemerkt, dieser Schritt könne jedenfalls der Aufklärung der Sache nicht förderlich sein, und „der Zusammenhang liegt auf der Hand“. Wie ist es ferner möglich geworden, daß in solchem Widerspruch mit den Bestimmungen des zwischen dem Reich und den Deutschen Werken abgeschlossenen Vertrages die Abmachungen mit Herrn Kahn trotz ihrer unsehreren finanziellen Tragweite ohne Einvernehmen mit dem Reichsflüssministerium und der Reichsverbandsgesellschaft getroffen werden konnten? Na, soart

Erzherzog Joseph König von Ungarn?

Wien, 7. Dez. Die „Presse-Information“ meldet aus Budapest: Die ungarischen Regierungsparteien haben sich in einer namentlichen Abstimmung über die Wiederherstellung der Monarchie mit Erzherzog Joseph als König ausgesprochen. Die Regierung bereitet eine Note vor, in welcher sie das Ererbte der Abstimmung der Völkervereinigung unterbreiten wird.

Wien, 6. Dez. (Eig. Meld.) Wie die „Sonn- und Montagszeitung“ von einer weiblichen ungarischen Seite erzählt, dürfte der Eintritt des Reichsberwärters Dorthin nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Intente hat in letzter Zeit wiederholt an erkennen gegeben, daß ihr das Verbleiben Dorthin in seiner jetzigen Stellung nicht erwünscht sei. Der italienische Gesandte in Budapest entwickelt eine große Aktivität und Italien spielt sehr eine größere Rolle in Budapest als England und Frankreich. Es wird berichtet, daß der Plan Italiens dahin geht, dem Erzherzog Joseph die Herrschaft über Ungarn zu verleihen. Sollte dies gelingen, so werde in Rom der Gedanke erwogen, den ältesten Sohn des Erzherzogs Joseph, mit einem italienischen Prinzeßin zu vermählen.

Der Bericht des Admirals Scheer über die Skagerrakschlacht.

Druckausgabe unter Berliner Schriftleitung
Berlin, 7. Dez. Aus dem heute von deutscher amtlicher Seite veröffentlichten amtlichen Geheimbericht des Admirals Scheer vom 4. Juli 1916 über die Skagerrakschlacht mögen nachstehend die Schlussfolgerungen, die Admiral Scheer aus der Schlacht zieht, folgen: Der erregende Erfolg ist der angreifendsten, zielbewusstesten Führung durch die Unterführer und den vortrefflichen, von hervorragendem kriegerischen Geiste getragenen Leistungen der Besatzungen zu danken. Er ist nur möglich gewesen dank der Güte unserer Schiffe und ihrer Besatzung, dank der selbstbewussten Friedenssicherung der Verbände und dank der gewissenhaften Einzelschiffsausbildung. Die Schlachtbehandlung bewies, daß wir uns beim Ausbruch unserer Flotte und der Entwicklung der einzelnen Schiffstypen von strategischen und taktischen Anschauungen haben lösen lassen und daß wir deshalb die einschlagenden Wege weiter verfolgen müssen. An dem Erfolge haben alle Waffentypen Anteil. Den Ausschlag hat aber unmittelbar und mittelbar die weittragende schwere Artillerie der Großkampfschiffe gegeben. Sie hat den größten Teil der dem Gegner zugefügten, bisher bekannten Verluste herbeigeführt und die Torpedobootsflotten zu erfolgreichem Angriff an das Minenschiffs-Gros herangeführt. Das Verdienst der Torpedobootsflotten, durch ihren Angriff den Großkampfschiffen schließlich eine glatte Verbindung vom Feinde ermöglicht zu haben, wird durch die Aufstellungen nicht geschmälert. Das Großkampfschiff, Minenschiff und der Kreuzer, die und nicht erst als der Grundpfeiler der Seemacht. Man wird sie weit entwickeln müssen durch Verklärung des Geschwärtlers, Erhöhung der Geschwindigkeit und Vervollkommnung des Panzer- und Unterwasserbaus.

In der amerikanischen Veröffentlichung ist ein Satz des Admirals v. Scheer wiedergegeben, der in England ganz bedeutendes Aufsehen macht. Er lautet: „In Erkenntnis meiner verzweifelten Lage und in der Hoffnung, die deutsche Flotte zu retten, sandte ich Torpedobote aus, um den Feind anzugreifen. Helicozog ab. Hätte er in diesem Stadium angegriffen, so hätte er die deutschen Schiffe abgeschneiden können, und die deutsche Flotte wäre wahrscheinlich zerstört worden.“

Englisch-irische Verständigung?

Wien, 7. Dez. Der „Daily Herald“ bringt aus Dublin die sensationelle Nachricht, daß durch Vermittlung des britischen Arbeiterführers Henderson eine gewisse Verständigung zwischen den irischen Sinnfeinern und der englischen Regierung erzielt wurde. Die Sinnfeiner-Organisation erhielten von dem Führer die Anweisung, die internationale Bestämpfung der britischen Militärmacht in Irland einzustellen.

Der Völkerbundsrat.

Genf, 7. Dez. In der heutigen Sitzung des Völkerbundsrates wurde die Ausdrücke über die Streichung des Wortes „ausdrücklich“ in dem Abw. der der Verarmung das Interventionsrecht bei ausbleibenden Komparaten des Rates bekräftigt, fortgesetzt. Bolivien (Frankreich), Costa (Schweiz) und nach einigen Bedenken auch Dänemark (Brasilien) erklärten sich mit dem Kommissionsantrag, den kritischen Absatz einfach zu streichen, einverstanden. Damit war die Annahme des Kommissionsberichts über die Beziehungen zwischen Rat und Verarmung endgültig beschlossen. Der Vorschlag der Schweizerischen Delegation betreffend die Aenderhilfe des Völkerbundes in den Ländern, die unter dem Krieg gelitten haben, wurde an einen Ausschuss verwiesen. Ueber die Frage der Tuberkulosebekämpfung in Polen erhaltete sodann namens der Kommission Hoher aus Kanada Bericht. Die Kommission schlug einen dringenden Appell an sämtliche Staaten vor zur wirksamen Bekämpfung der in Dnieuropa herrschenden Epidemien, sowie auch eine Aufforderung an das internationale Bureau für Opium, an das internationale Komitee des Roten Kreuzes und die Liga der Roten-Kreuz-Vereinigungen zur unverzüglichen Mitarbeit an diesem Werk. Namen-Normen beantragte die Bildung einer besonderen Kommission aus drei Mitgliedern, die so rasch wie möglich der Versammlung einen Bericht vorzulegen hätte über die unverzügliche Beschaffung der finanziellen Mittel. Dieser Antrag, sowie die Anträge der Kommission wurden schließlich angenommen. Darauf vertagte sich die Versammlung auf morgen vormittag. (W. T. 2.)